

Abgeordnetenhaus von Berlin – 15. Wahlperiode

15. Sitzung

Berlin, Freitag, 28. Juni 2002

Einzelplan 12 - Stadtentwicklung –

Vizepräsident Dr. Stözl: Vielen Dank, Herr Kollege Niedergesäß! - Für die Sozialdemokratische Partei erhält Herr **Schimmler** das Wort, bitte schön!

Schimmler (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Niedergesäß! Ist das nun Realitätsverweigerung oder der Versuch, inhaltliche Dürre fruchtbar zu machen?

[Beifall und Heiterkeit bei der SPD und der PDS]

Jedenfalls hätte Ihnen bei Ihren ersten Worten vielleicht das Abstimmungsverhalten der CDU zum Vergabegesetz einfallen sollen. Wenn Sie es nicht mehr kennen, können wir Ihnen das gerne nachliefern.

(Beifall bei der SPD und der PDS)

Wenn man die Reden der Opposition, insbesondere der auf der rechten Seite, in den vergangenen Wochen, gestern und heute hört, scheint sich ja der Einzelplan 12 für Verschwörungstheorien zu eignen. Man hat das Gefühl, Senator Strieder würde strategisch geplant „aus der Tiefe des Raumes“, aber doch irgendwie unerkennbar irgendwo versteckt, alles daran setzen, um z. B. Hauseigentümer zu verfolgen, den Bund zu erschrecken - das haben wir heute gehört - und gleichzeitig alle Zeit aufzuwenden, um den Straßenverkehr in Berlin lahmzulegen.

[Beifall bei der SPD und der CDU - Kaczmarek (CDU): Da haben Sie Recht!]

Mit der Realität hat dies in dieser Stadt nichts zu tun, allenfalls mit den Vorstellungen der Herren Lindner, von Lüdeke oder Steffel. Man könnte bei dieser gebetsmühlenartigen Wiederholung schon an den Begriff „Paranoia“ denken, bitte nicht falsch verstehen im medizinisch-technischen Sinne, sondern im alten griechischen Sinne des napa-vofio - neben dem Verstande stehend.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Denn mit verständiger Sicht der Situation in unserer Bau- und Verkehrspolitik hat das nichts zu tun. Deshalb komme ich jetzt zur Realität.

Die Fehlbelegungsabgabe wird abgeschafft, die Kosteneinsparungen bei den Wohnungsämtern werden deutlich werden. Wenn dann gesagt wird, viel zu spät, kann ich nur sagen, warum hat Herr Klemann, als wir in den Bezirken damals gesagt haben, kleine Gebiete herausnehmen aus der Fehlbelegungsabgabe reiche nicht, überhaupt hat er gar nicht erst reagiert, uns gar nicht einmal angehört?

[Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Braun (CDU)]

Eine SPD-geführte Regierung hat dies dann endlich geändert.

Gestatten Sie mir auch einen Hinweis auf die Zweckentfremdungsverbotsverordnung, Herr von Lüdeke. Das Thema ist keineswegs beendet, wenn Sie sich in der Stadt umsehen würden. Wir wollen in den näheren Innenstadtbereichen keine Situation wie z. B. in Paris rings um den Place de la Republique, wo abends die Bürgersteige hochgeklappt werden.

[Frau Senftleben (FDP): Waren Sie mal da?]

Wir werden Lösungsmöglichkeiten entweder nach § 172 Baugesetzbuch oder eine Bundesratsinitiative, wie sie auch die CDU präferiert, prüfen. Das ist aber bei Ihnen in der FDP wahrscheinlich schon ein Riesenverstoß gegen die Ordnungspolitik.

Verweisen will ich auch auf den kommenden Koalitionsantrag zu § 577 a, nämlich den Kündigungsschutz bei Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Dies wird ebenfalls in einigen Stadtquartieren zu prüfen sein. Mit dem Haushalt werden Mittel für Härtefallregelungen im Rahmen der Mietenentwicklung eingestellt. Der Stadtumbau Ost kann neue Akzente setzen. Sanierungsgebiete im Westteil werden aufgehoben. Die Zukunft des öffentlich geförderten Wohnungsbaus wird im Herbst wesentlich durch eine Kommission zur Überprüfung der Anschlussförderung entschieden. Hierzu hatte die CDU in der großen Koalition nie den Mut, Herr Niedergesäß, auch wenn Sie jetzt hier groß tönen.

[Zuruf des Abg. Niedergesäß (CDU)]

- Warum? - Das ist völlig klar, denn im Zweifelsfall hat ja Herr Landowskys Bank dann das alles finanziert.

[Goetze (CDU): Sie reden völlig wirr! - Weiterer Zuruf des Abg. Niedergesäß (CDU)]

Lassen Sie mich noch zu einer weiteren Oppositionschimäre kommen, dem Verkehr: Wenn man das hört, was hier gesagt wird, dann müssen die meisten Leute in dieser Stadt irgendwie nicht (eben. Die Schließung des Nordringes und die Baumaßnahmen im Nord-Süd-Bereich der Eisenbahntrassen sind für diese Stadt höchst bedeutsam.

[Beifall bei der SPD]

Wenn man die CDU-Stellungnahmen hört, verschwindet das allerdings hinter den gebetsmühlenartigen Forderungen nach der Öffnung des Brandenburger Tores. Baubedingt hat die Schließung jetzt nicht zu einem Verkehrschaos geführt, Deshalb sollte das Tor für den motorisierten Individualverkehr weiterhin geschlossen bleiben.

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen]

Kollege Kaczmarek hat am Mittwoch im „Tagesspiegel“ deutlich gemacht, dass eine Öffnung des Brandenburger Tores verkehrstechnisch nicht notwendig ist - sondern sie sei symbolisch wichtig. Da kann ich nur antworten: Die Politik, Symbole in die Welt zu setzen, war ein Lieblingswerkzeug der Diepgen-Regierung, aber die hat auch dazu geführt, wo wir heute stehen.

[Goetze (CDU): Ihr ganzer Haushalt ist voller Symbole! - Dr. Lindner (FDP): Sie machen Symbol-Politik! - Zuruf des Abg. Dr. Steffel (CDU)]

Mit dem Mentalitätswechsel, den auch Sie manchmal angeblich anmahnen, hat das Ganze nichts zu tun.

[Abg. Kaczmarek (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.]

Zurück zur Bahn: -

Vizepräsident Dr. Stölzl: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kaczmarek?

Schimmler (SPD): Nein! - Der Bund hat in den vergangenen vier Jahren unter Gerhard Schröder Milliarden in die Verkehrsinfrastruktur unserer Stadt gesteckt.

[Zuruf des Abg. Niedergesäß (CDU)]

- Herr Niedergesäß! Mehr als jede andere Bundesregierung zuvor!

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Dies sollten wir Berliner auch endlich einmal honorieren.

[Zuruf des Abg. Niedergesäß (CDU)]

Und wenn Sie sich dann mal die Zahlen ansehen, Herr von Lüdeke - der Finanzsenator würde Sie Ihnen sicher gern zur Verfügung stellen, er hat sie ja alle -, dann können Sie feststellen, dass z. B. auch in der Hauptgruppe 7 die Mittel für investive Maßnahmen erheblich erhöht worden sind. Dieser Senat wird den ÖPNV-Ausbau voranbringen, und zwar z. B. auch den Straßenbahnausbau, den FDP und CDU canceln wollen.

Ich nehme mal ein Beispiel - die Straßenbahn in der Bernauer Straße: Das ist ein Beispiel für Ihre fehlende Ortskenntnis oder die schlichte Ignoranz der Fraktionen. Diese Linie würde nämlich endlich die Max-Schmeling-Halle mit zahlreichen U- und S-Bahnlinien verbinden - zum Wohle der Anwohner, die im Augenblick unter dem Parksuchverkehr leiden. Endlich könnte die Bernauer Straße asphaltiert werden, was schon Klemann versäumt hat.

Diese Koalition hat im Bereich Bauen, Wohnen und Verkehr einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der unter den obwaltenden Grundlagen auch die Gestaltung der Zukunft ermöglicht. Meine Herren Oppositionsführer - dies gilt jetzt auf dieser Seite -, es ist nicht immer richtig, nur in sich selbst verliebt auf die eigene Meinung zu hören und diese immer für richtig zu halten. Machen Sie sich das Wort eines polnischen Aphoristikers zu eigen, der einmal gesagt hat, Herr Lindner: Schafft euch keine Götter nach eurem Vorbild! - Und der Opposition auf der anderen Seite, die immer mit Inbrunst in eine andere Richtung weist, kann man nur sagen: Wegweiser stehen auch auf der Stelle. - Diese Koalition allerdings bewegt Berlin.

[Heiterkeit - Beifall bei der SPD und der PDS]